

Zum Gastkommentar „Es gibt in Bremen keine ernsthaftige Bürgerbeteiligung mehr“ vom 15. Oktober:

Scheinbeteiligung

Die Qualität von Bürgerbeteiligungen lässt sich an einer international bekannten Messlatte ablesen: der 1969 von der US-Amerikanerin Sherry Arnstein empfohlenen „Leiter der Bürgerpartizipation“. Dieser Maßstab wurde auch in Deutschland zum Standard, nicht zuletzt in Parteischulungen. Offenbar befassen sich die Vertreter der Bremer Regierungsparteien aber nur mit den unteren Stufen dieser Leiter, die von der „Manipulation“ bis zu verschiedenen Möglichkeiten der „Scheinbeteiligung“ reichen. Das zumindest ist die Erfahrung von Bremer Bürgerinitiativen, die von Politik und Verwaltung im Rahmen von Runden Tischen, Begehungen, Online-Verfahren und anderen Formaten über vollendete Tatsachen allenfalls noch „informiert“ und „aufgeklärt“ werden.

Die Verärgerung darüber ist inzwischen so weit gediehen, dass sich kaum noch ein engagierter Bürger politisch repräsentiert fühlt. Um diesen mittlerweile weit verbreiteten Frust aufzufangen, wäre ein neuer politischer Wind wünschenswert. Mobilisierungspotenzial hätten die Initiativen, das haben sie mit ihren Kampagnen und der Unterstützung durch zigtausend Bremer unter Beweis gestellt. ECKHARD HANSEN, BREMEN

Für lebendige Demokratie

Es haben Veranstaltungen in und an den Neustadtwallanlagen stattgefunden, die die Lärmschutzvorgaben und Vorgaben zu den Spielzeiten deutlich überschritten haben. Wir haben eine Anwohnerinitiative gegründet, um uns gegen überlaute Veranstaltungen vor unseren Haustüren zu wehren, und fanden regen Zuspruch. Das Ortsamt, der Beirat Neustadt/Woltmershausen und der Veranstalter wurden informiert und angesprochen, und sofort bildete sich eine Front, die uns unterstellte, Kultur nicht zu wollen oder zu behindern.

Bei einer Videokonferenz wurde beschlossen, dass ein Bürgerdialog am 14. Oktober stattfinden würde, auf Einladung des Ortsamts. Nachdem wir nachweisen konnten, dass die Lärmschutzvorgaben nicht eingehalten wurden, wurde dieser Bürgerdialog abgesagt. Stattdessen lädt nun der Veranstalter zu einem Dialog am 1. November im Falstaff ein, allerdings nur mit vorheriger Anmeldung und begrenzten Plätzen. Und nicht öffentlich. Er will die Veranstaltung auch moderieren. Das Ortsamt und der Beirat sollen auch eingeladen werden, als Gäste. Geht's noch? Ist das Bürgerbeteiligung? Eine lebendige Demokratie wird nicht ohne Bürgerbeteiligung möglich sein. SUSANNE CLAASEN, BREMEN

Entmündigend

Der Insider Ingo Kramer hat begrüßenswerterweise deutlich dargestellt, wie Politik und Medien mit dem Engagement von Bürgerinitiativen umgehen. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen von Politik und Verwaltung ist zu einer reinen Alibiveranstaltung verkommen. Beste Beispiele sind auch die Großprojekte Klinikum Bremen-Mitte, Werder-Leistungszentrum und Rennbahngelände. Die Entscheider spielen nicht mit offenen Karten, sondern täuschen den engagierten Bürgerinnen und Bürgern Gestaltungsmöglichkeiten scheinheilig vor. Die Entscheidungen sind bereits getroffen, und Kompromissbereitschaft wird nur vorgegaukelt.

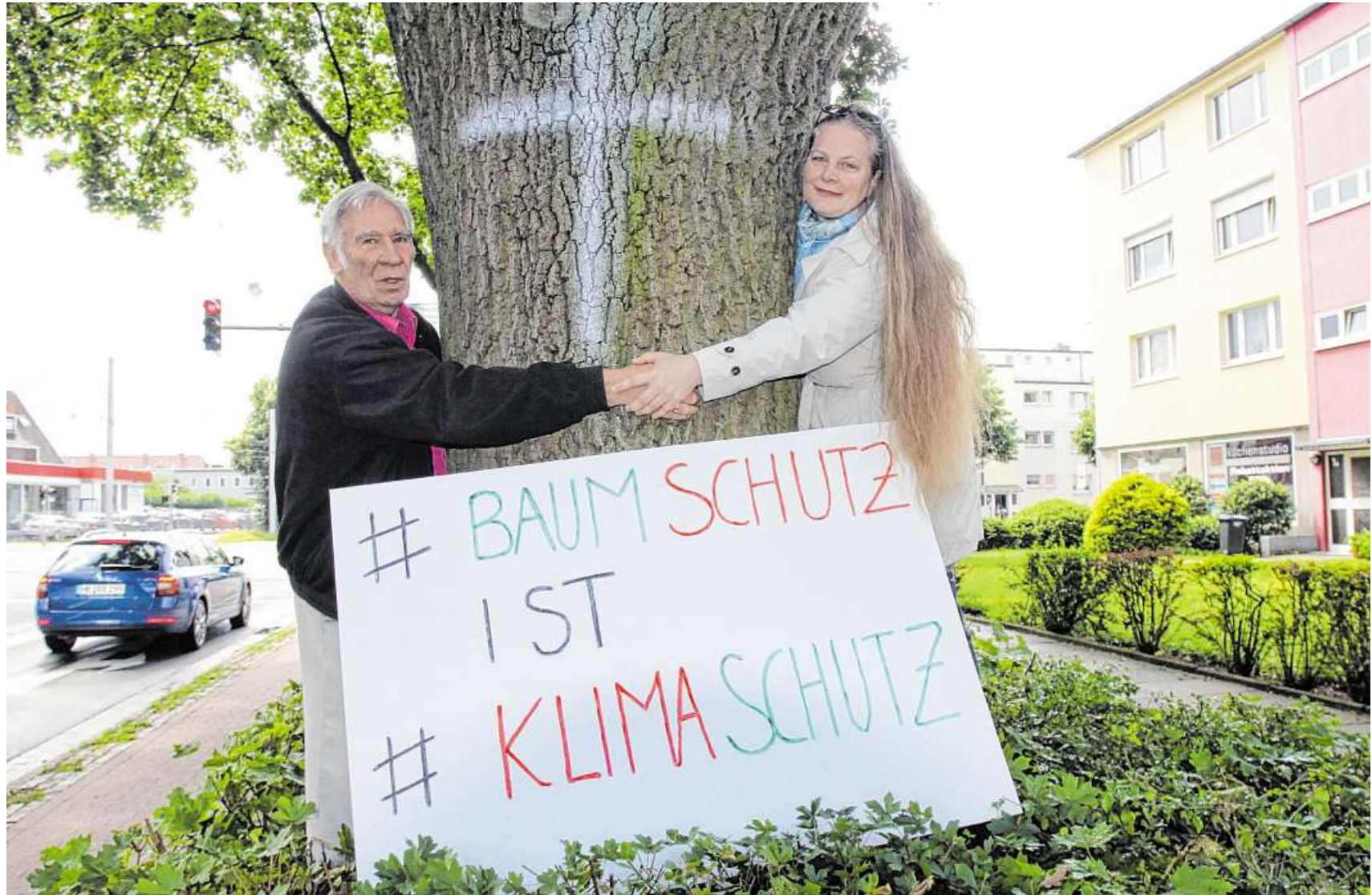
Manchmal hilft ein Volksentscheid wie bei der Rennbahn, aber dazu bedarf es enormer Anstrengungen, die nur mithilfe von Organisationen machbar sind. Der Umgang der Entscheider mit dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist undemokratisch und entmündigend. So ruiniert sich ein demokratisches Gemeinwesen. Eine stetig sinkende Wahlbeteiligung ist die traurige Konsequenz. MATTHIAS J. WEINERT, BREMEN

Jedwede Kritik abgewehrt

Der Gastkommentar von Ingo Kramer trifft den Nagel auf den Kopf. Wir in der Neustadt konnten selbst erfahren, wie mit Kritik der Bürgerinnen und Bürger an Veranstaltungen umgegangen wird. Veranstalter, Politik und Beirat sind gut miteinander vernetzt und wehren in Salamatikritik jedwede Kritik ab. Manchmal kann es einfach ein besseres Miteinander bewirken, wenn man nicht nur in der eigenen Blase denkt und handelt. Unsere Erfahrung ist jedenfalls kein gutes Zeugnis für eine demokratische Bürgerbeteiligung. ANKE SCHREIBER, BREMEN

Bürger bringen sich ein

Diese Überschrift hat sicher dem Wunschen vieler Amtsträger der Bremer Verwaltung, Politiker in Bürgerschaft und Beiräten entsprochen – wie gut, es gibt sie nicht mehr, die lästige Bürgerbeteiligung! Dabei haben sie übersehen, dass zwischen „sich“ und „jemanden“ beteiligen ein fundamentaler Unterschied besteht. Beklagt wird in dem Gastkommentar, dass Verwaltung und Poli-



Bürgerliches Engagement in Bremen ist häufig Engagement für den Schutz von Bäumen (unser Archivfoto zeigt Heinz Hoffhenke und Alexandra Dörnath im Sommer 2021). Zu Bürgerbeteiligungen hatte sich Ingo Kramer, der Koordinator des Zusammenschlusses Bremer Bürgerinitiativen, in einem Gastkommentar geäußert.

FOTO: PETRA STUBBE

tik die Bürger und ihre Initiativen nicht mehr – allenfalls formal – beteiligen. Umso ernsthafter beteiligen sich diese selbst am Aufzeigen von Problemen und Fehlentwicklungen in Stadtentwicklung und Umweltschutz und an der Entwicklung von Lösungsvorschlägen. Auch wenn Verwaltung und Politik sich fortgesetzt dem Diskurs verweigern, werden die Bürger weiter Wege finden, sich einzubringen. GOTTFRIED ZANTKE, BREMEN

Zum Artikel „Immer weniger Bremer Bäcker“ vom 14. Oktober:

Wer setzt Teig selbst an?

Natürlich trifft die aktuelle Rohstoffkrise besonders hart die energie-intensiven Branchen, und dazu gehören Bäckereien. Dazu gehört aber auch die Frage, ob Probleme dadurch neu entstanden sind oder ob latent vorhandene jetzt eskalieren. Seit vielen Jahren kaufen meine Frau und ich nur noch selten in Bäckereien ein. Wir mahlen unser Bio-Getreide zu Hause und backen unser Brot (Dinkel, Roggen) mit selbst angesetztem Sauerteig. Welcher Bäckermeister oder welche Bäckermeisterin setzt noch eigenen Sauerteig an? Können die das überhaupt noch? Seit Jahrzehnten sind viele Bremer Bäckereien im Grunde nur noch Ausbackstationen für die von der Bäko in Oldenburg angelieferten Convenience-Backfertigmischungen. Daher sind die Produkte überall gleich, zum Beispiel die sogenannten Weltmeisterbrötchen. Wenn ich diese Produkte für den halben Preis beim Discounter bekommen kann in gleicher oder sogar besserer Qualität, dann ist meine Solidarität mit den Bremer Bäckern sehr brüchig. Vorm Klagen kommt das Bessermachenwollen, und daran hapert's. GÜNTHER BUSCHMANN, BREMEN

Zum Beitrag „Deutschland wieder in Menschenrechtsrat gewählt“ vom 12. Oktober:

Ausgerechnet Marokko

Deutschland ist wieder in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) gewählt worden. Das ist die gute Nachricht. Aber unter anderem wurde auch Marokko berufen, ein Staat, der seine eigene Bevölkerung mit Füßen tritt und die Sahrauis, die in der von Marokko völkerrechtswidrig besetzten Westsahara leben, seit Jahrzehnten maltreatiert. Ein Marokko, das keine Überwachung der Menschenrechte im eigenen Land duldet und schon gar nicht in den unterdrückten Gebieten, wo die UN-Mission Minurso mit der Hilfe Frankreichs daran gehindert wird. Ein Riesenskandal!

Viermal ist Marokko seit 2016 vom zuständigen UN-Komitee wegen Folter an saharaischen Gefangenen verurteilt worden. Marokko schert sich einen Teufel darum. Und kein Land kümmert es, weder EU noch die UN! Bedenkt man, wie viele Eingaben zu Marokko Anfang Oktober bei der UN vorgetragen wurden zu Menschenrechtsverletzungen in den Bereichen Gesundheit, Ausbeutung der Ressourcen, freie Meinungsäußerung, Verminderung, willkürliche Verhaftungen, Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten und Landraub, dann müssen Fragen erlaubt sein! Was sind das für Vertreter der Mitgliedsländer, die dort abstimmen? Wissen sie überhaupt, was internationales Recht bedeutet? Welche Einstellung haben sie zu Menschen-

rechten? Und vor allen Dingen: Wie korrupt sind diese Leute? Ähnliche Fragen ließen sich auch bei der EU stellen, leider! Demokratie muss jeden Tag verteidigt werden! Überall, selbst bei den Vereinten Nationen. REGINA DIETZOLD, BREMEN

Zur Berichterstattung über die Proteste im Iran und über „feministische Außenpolitik“:

Botschafter ausweisen

Leider beobachten wir keine ernsthaften Anstrengungen, die mutigen Frauen und Männer im Iran zu unterstützen. Die Menschenrechtslage im Iran ist besorgniserregend. Der Westen hat in den letzten 43 Jahren mit guten Beziehungen zum Iran nicht im Geringsten Einfluss darauf nehmen können. Die Verletzung der Menschenrechte hat 1979 mit der Revolution und der außergerichtlichen Erschießung der Angehörigen der vorigen Regierung begonnen und wurde unter anderem fortgeführt mit der Beschneidung der Rechte von Frauen, der Abschaffung der Pressefreiheit, der Ermordung von Tausenden politischen Gefangenen 1989, der brutalen Niederschlagung der „grünen Revolution“ 2010 und den Volksaufständen 2018 und 2020 – und sie hält bis heute an. Von der Rolle des Regimes im internationalen Terrorismus ganz zu schweigen.

Der Westen hat leider die Augen davor verschlossen. Damit muss endgültig Schluss sein. Eine neue Iran-Politik muss nicht den vollständigen Abbruch der Beziehungen bedeuten, auch wenn die Botschafter ausgewiesen werden. Viele Familienangehörige der Führung im Iran führen im westlichen Ausland einen luxuriösen Lebenswandel. Eine andere Iranpolitik könnte bedeuten, dass man sie des Landes verweist und ihr Vermögen, das im Grunde das Eigentum des iranischen Volkes ist, einfriert. Und man sollte endlich erkennen, dass das Regime im Iran kein zuverlässiger Partner in den Atomgesprächen ist. Es geht ihm bei den Verhandlungen lediglich darum, Zeit zu gewinnen. KAMRAN JALAEFFAR, BREMEN

Zur Berichterstattung über den Parteitag der Grünen:

Schwer zu ertragen

Angesichts der Zwangsrekrutierung in Russland und der Ukraine stellt sich die Frage: Ist das Recht zu leben nicht das grundlegendste aller Menschenrechte? Auf ihrem Parteitag haben die Grünen, vermeintliche Menschen-

rechts- und Friedenspartei, keine Friedensverhandlungen gefordert, sondern mehr Waffen für die Ukraine. In der Gewissheit, sich damit in Übereinstimmung mit der mehrheitlich veröffentlichten Meinung zu befinden, wännen sie sich nun wohl auch deshalb als „staatstragend“ und bezeichnen Waffenlieferungen an eine Kriegspartei als Ausdruck von Friedenspolitik. Die fortschreitende Zerstörung der Ukraine und den durch Sanktions- und Militärpolitik selbst verursachten wirtschaftlichen Niedergang unseres eigenen Landes, vor allem aber den Tod Zehntausender Männer auf beiden Seiten sowie das Leid der Angehörigen verstehen sie anscheinend als einen zu zahlenden Preis.

Aber wofür? Für die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Ukraine, wofür diese nicht gerade berühmt war und ist? Für die Bestrafung Putins und die Ruinierung Russlands? Für einen ukrainischen Staat nach den politischen Vorstellungen von EU und Nato? „Frieden schaffen ohne Waffen“ erschien einmal als kluge Konsequenz aus zwei verheerenden Weltkriegen mit zutiefst beschämender Rolle Deutschlands. Sie hat sich auch für die Grünen als Lippenbekenntnis erwiesen. Deren schwer erträgliche belizistische Selbstgerechtigkeit, ressentimentgeladene Politik sowie politische und ökonomische Beschränktheit sind leider stärker. ROSWITHA PETERS, BREMEN

Zum Standpunkt „Pflege braucht mehr Geld und weniger Rendite“ vom 11. Oktober:

Auf Kosten alter Menschen

Es muss endlich zu einer akzeptablen Pflegeform kommen. Es kann nicht sein, dass Menschen, die diesen Staat nach dem Krieg aufgebaut haben, am Ende ihres Lebens von Sozialhilfe leben müssen, wenn sie einen Pflegeplatz im Heim benötigen. So sieht die Rechnung pro Monat im Pflegeheim bei Pflegegrad 5 aus: 2410,18 Euro, dazu Unterkunftskosten von 418,28 Euro, Verpflegungskosten von 145,32 Euro und 664,37 Euro Investitionskosten, das ergibt monatlich 3639,15 Euro. Davon zahlt die Pflegeversicherung 2005 Euro, wenn jemand schon fünf Jahre im Heim ist. Eigenbeteiligung: zurzeit 1678,26 Euro.

Nun kommen weitere Erhöhungen, die allein die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner zu tragen haben. Wer kann das denn bezahlen? Also müssen sie zum Sozialamt gehen. Investitionskosten ist Ländersache, das heißt, der Staat muss sich daran beteiligen, was bisher nicht geschehen ist! Die Investoren machen somit satte Gewinne auf

Kosten der alten Menschen! Auch durch die Sozialhilfe unterstützt man die Investoren. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deutlich höher durch Steuerzuschüsse gestärkt werden. Auch Sozialhilfe sind Steuermittele! Außerdem ist die Behandlungspflege in stationären Einrichtungen im höheren Umfang aus der Krankenversicherung zu finanzieren, und die Länder müssen sich an den Investitionskosten beteiligen! Erst dadurch ergibt sich eine Reduzierung der Eigenanteile! GISELA FRÖHLICH, BREMEN

Zum Artikel „Die vegane Fleischtheke“ vom 20. Oktober:

Der schwarze Schimmel

Eine vegane Fleischtheke ist ja eine tolle Idee. Das ist wie ein schwarzer Schimmel. Wenn Menschen kein Fleisch essen wollen, sollen sie das tun. Ich habe Verständnis dafür. Aber warum muss es dann Fleisch, Wurst, Steak oder Bratwurst heißen? Nennt es vegane Theke! Und findet andere Namen für Produkte aus Erbsen, Rapsöl, Citrusfasern, Bambusfasern und färbenden Lebensmitteln. Das hat nichts mit Fleisch zu tun. Die Firma Rügenwalder Mühle hat Jahre der Forschung gebraucht, um eine vegane Teewurst herzustellen, die so aussieht wie Teewurst. Merken wir es noch? Da hat Fleischermeister Dohrmann absolut recht: Das ist eine Verbrauchertäuschung. Leute, lasst euch eure echte Bratwurst auf dem Freimarkt schmecken! MARGITTA HARTUNG, BREMEN

Unter anderem zum Artikel „Sorgen um das Bremer Karstadt-Haus“ vom 18. Oktober:

Ein Sammelsurium

Wenn man sich das Warenangebot von Galeria Karstadt Kaufhof ansieht, wundert es nicht, dass mit diesem Warenmix heute kein Gewinn mehr zu machen ist. Von Unterwäsche über Oberbekleidung, Schmuck und Uhren, Küchenutensilien, Klelelektro, Matratzen bis hin zu Waschmaschinen und anderer weißer Ware reicht dieses Sammelsurium. Wo bleibt da die Kompetenz für die einzelnen Warengruppen? Dieses Konzept der 70er-Jahre ist völlig veraltet. Dazu kommen die extrem hohen Mietkosten in den Innenstädten, die hohen Lagerkosten, da es keine Kommissionsware mehr gibt. Das Lager ist bezahlt, ob es sich umschlägt oder nicht. Und die Kunden bevorzugen inzwischen die Fachmärkte, die es für die einzelnen Warengruppen gibt, da dort das Warenangebot wesentlich größer ist und die Beratungskompetenz sicher auch. Hier gilt es eine Zäsur herbeizuführen und nicht weiteres Steuergeld in ein bodenloses Konzept zu versenken. HANS DINGER, BREMEN

REDAKTION LESERMEINUNG
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

Die Bremer Solidaritätspreisträgerin Aminatou Haidar aus der von Marokko besetzten Westsahara hat Haft und Folter erlitten. FOTO: FRANK KOCH

